

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 18. Jahrgang, Nr. 7, 5. April 2001

Einblicke

Signale

Von Helmut Lölhöff

Der Aufstand der Anständigen hat Früchte getragen. Ganz sicher war auch das massive und öffentliche Eintreten gegen den zunehmenden Rechtsextremismus in Deutschland ein Auslöser dafür, dass die Republikaner-Partei in Baden-Württemberg aus dem Landtag geflogen ist.

Dass die Republikaner mehr als die Hälfte ihrer Stimmen abgeben mussten, war ein erfreuliches Ergebnis, mit dem viele nicht gerechnet hatten. Damit hat diese rechtsextreme Partei eine parlamentarische Plattform verloren. Und zugleich ist ihr Chef Rolf Schlierer geschwächt. Auch wenn er sich schon am Wahlabend trotzig als „Stehaufmännchen“ präsentierte, ist zu erwarten, dass sein Abschied von der politischen Bühne eingeleitet ist.

Doch Vorsicht! Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien hängen, wie wir wissen, von Stimmungen ab und schwanken erheblich. Darum bleibt es auch jetzt wichtig, sich nicht auszuruhen, sondern nach wie vor gegen alle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus entschlossen und unermüdlich einzutreten. Es war ein Signal, dass der Bundestag endlich, nach mühseligen Vorarbeiten, eine Entschließung zu Stande brachte. Warum sich die CDU/CSU als einzige Fraktion nicht anschließen mochte, bleibt unerfindlich, zumal der Text auch für sie an keiner Stelle anstößig ist.

Bedauerlich war, dass der Unionspolitiker Wolfgang Schäuble, der es besser wissen müsste, vor einem „Übermaß medialer Aufmerksamkeit“ für die Rechtsextremen warnte und stattdessen „Verachtung“ empfahl. Nein, passive Verachtung allein reicht nicht. Sichtbare Taten zählen. Dazu gehört, die Rechtsaußen-Szene zu beachten und sie zu beobachten. Und auch, auf nutzlose Debatten über deutsche Leitkultur und deutschen Nationalstolz zu verzichten. Sie klären gar nichts, sondern rühren nur Emotionen auf.

Alarmierender Anstieg

Für die gewaltbereiten extremen Rechten hat es laut dem aktuellen Bundesverfassungsschutzbericht erheblichen Zulauf gegeben. **Seite 2 ■**

Hoffnung zerronnen

Nach dem gescheiterten Wiedereinzug der Republikaner in den Landtag von Baden-Württemberg ist die Zukunft der Partei ungewiss. **Seite 3 ■**

Gewöhnlicher Rabauke

Der Staatsanwalt mag hinter den Straftaten eines ortsbekannten Neonazis keine politischen Motive sehen. **Seite 5 ■**

Rassistische Lega Nord

Die Partei von Umberto Bossi will sich als rechter Flügel des Wahlbündnisses mit Alleanza Nazionale und Forza Italia profilieren. **Seite 8 ■**

Dunkle Vergangenheit

In Zeiten der NS-Besatzung ermordeten polnische Katholiken jüdische Landsleute. **Seite 9 ■**

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Verfassungsschutz**Spirale der Gewalt**

Zunahme bei den militanten Rechten, deutlicher Anstieg bei den rechtsextremen Straf- und Gewalttaten. Dies ist die aktuelle Bilanz der Verfassungsschützer.

Das militante Personenpotenzial ist im vergangenen Jahr um acht Prozent auf 9 700 angestiegen - eine Zunahme von mehr als 50 Prozent innerhalb von fünf Jahren. Rund 85 Prozent davon sind rechtsextremistische Skinheads, wovon mehr als die Hälfte in Ostdeutschland lebt. Diese Zahlen nennt der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2000, der am 29. März von Bundesinnenminister Otto Schily und dem Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, vorgestellt wurde. Den Einstieg ist die gewaltorientierte Szene finden Jugendliche vor allem über die harte, aggressive Skinheadmusik mit ihren propagierten Feindbildern. Erfolgreich sei hier das Verbot der einflussreichen Skinhead-Organisation „Blood & Honour“ gewesen, das sich als erheblicher Schlag gegen die Strukturen der Szene erwiesen habe. Für die Polizei sei es jetzt leichter, Skinhead-Konzerte auch zu verbieten, ergänzte Heinz Fromm. Nach Erkenntnissen der Verfassungsschützer verhalten sich Konzertteilnehmer aber zunehmend gewalttätig.

Dem rechtsextremen Potenzial gehören noch 50 900 Personen (1999: 51 400) an. Einen deutlichen Schwund von wiederum 1 000 Mitgliedern mussten dabei die Republikaner verkraften, die nur mehr über 13 000 Anhänger verfügen. Kennzeichnend für den anhaltenden Abwärtstrend der REP seien „die seit Jahren andauernden innerparteilichen Differenzen um den - vom REP-Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer vertretenen - Abgrenzungskurs gegenüber anderen rechtsextremistischen Organisationen“, heißt es dazu im aktuellen Bericht. Nach Ansicht von Otto Schily wird sich die Krise der Republikaner jetzt durch das schlechte Wahlergebnis in Baden-Württemberg verschärfen. Mit 17 000 Mitstreitern bleibt die „stark antisemitisch und rassistisch ausgerichtete“ DVU, die ihren Vorjahresstand halten konnte, finanz- und mitgliederstärkste Partei, betonte der Innenminister.

Zulauf verbucht die an das militante Spektrum angrenzende NPD, die ihr Potenzial um rund 500 auf 6 500 Anhänger, Eigenangaben zufolge 7 000, ge-

steigert hat. Der Bericht konstatiert interne Spannungen zwischen der Führung und den neonazistischen Kräften in der Partei. Als Beleg für die antisemitische Propaganda der NPD wird ausdrücklich Horst Mahler zitiert. Das Verhältnis der NPD zur Gewalt erscheint den Verfassungsschützern ambivalent. Einerseits würden sich Funktionäre von Gewaltanwendung distanzieren, andererseits sich eindeutig dazu als Mittel der politischen Auseinandersetzung bekennen. Mit 500 Mitkämpfern (1999: 350) warten die Jungen Nationaldemokraten auf, die der NPD „weltanschaulich geschulten und charakterlich gefestigten Führungsnachwuchs liefern“ sollen. Das locker strukturierte neonazistische Spektrum wird auf 2200 Aktivisten geschätzt. Die Verfassungsschützer sehen die Szene „aktionistisch und ideologisch“ besonders durch das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Norddeutschland“ um die bekannten Neonazis Christian Worch und Thomas Wulff geprägt. Diese agieren heute weitgehend unabhängig von der NPD.

Die rechtsextremen Straftaten (s. BNR 6/01) sind um rund 60 Prozent auf 15.991 angestiegen. Erschreckend ist besonders die starke Zunahme der Gewaltdelikte auf 998 (1999: 746) Vorfälle, zum großen Teil fremdenfeindlich motiviert. Drei Todesopfer rechter Gewalt waren im vergangenen Jahr zu beklagen, 15 Mal lag versuchte Tötung vor, in 874 Fällen wurde Körperverletzung begangen. Deutlich mehr als ein Drittel der Übergriffe ereigneten sich in den ostdeutschen Ländern, die bezogen auf die Einwohnerzahlen immer noch die Statistik der Gewalt anführen. Rein zahlenmäßig liegen bei den Gewaltdelikten allerdings Nordrhein-Westfalen (153) und Niedersachsen (129) vorne.

Die Bundesregierung habe die Bekämpfung des Rechtsextremismus zu einem „Schwerpunkt ihrer Innenpolitik gemacht, betonte Otto Schily bei der Vorstellung des Berichts in Berlin. Besorgt zeigt sich Schily über den Anstieg rechtsextremer Gewalttaten; Ernst zu nehmen sei insbesondere die „wachsende Gewaltbereitschaft jugendlicher Täter“. Heinz Fromm ist beunruhigt darüber, dass in Gruppen vermehrt über gezielte Anwendung von Gewalt diskutiert und Waffen und Sprengstoff gefunden würden. Der Bericht weist darauf hin, dass rechtsterroristische Strukturen bisher rechtzeitig erkannt und im Anfangsstadium verhindert werden konnten. Gewaltsam vorgegangen werden sollte vor allem gegen den politischen Gegner, wozu auch das Ausspähen und Verbreiten von Daten von missliebigen Personen dient. *Gabriele Nandlinger*

Hintergrund

Draußen vor der Tür

Die Republikaner sind in Baden-Württemberg gescheitert. Die Zukunft der Partei ist ungewiss. In Rheinland-Pfalz hat die NPD zugelegt.

Blass und abgekämpft sitzt der Bundesvorsitzende der Republikaner im Stuttgarter Landtag. Jede neue Hochrechnung verpasst Rolf Schlierer neue Stirnfalten. Beim vorläufigen Endergebnis der Landtagswahl in Baden-Württemberg kommen die Republikaner gerade noch auf 4,4 Prozent. Im „Musterlände“ haben die REP gegenüber der Wahl von 1996 mehr als die Hälfte der Stimmen verloren. Damals waren sie noch mit 9,1 Prozent und 14 Abgeordneten in den Landtag eingezogen. Jetzt sind sie draußen, zum ersten Mal seit neun Jahren. Die Republikaner selbst waren bis zum Schluss davon überzeugt, dass sie auch im künftig im Landtag vertreten sein werden.

Während vor fünf Jahren noch mehr als 431 000 Menschen ihr Kreuz bei den REP machten, so waren es jetzt gerade mal rund 198 000. Nach einer Umfrage von Infratest/dimap gingen rund 73 000 Stimmen von REP-Wählern an die CDU. Noch größer aber ist der Anteil der Nicht-Wähler unter den REP-Anhängern. 81 000 blieben zuhause, so die Wahlforscher. Der 25. März war in Baden-Württemberg nicht gerade der Tag der Protestwähler. Arbeitslosigkeit, Ausländer und Kriminalität waren im Wahlkampf kein Thema. Schlierers bürgerlicher Kurs, der in der Partei heftig umstritten ist, hat wohl auch einen Teil der harten Rechten zur NPD getrieben. Die hat zwar in den meisten Wahlkreisen nur zwischen 0,2 und 0,6 Prozent geholt, doch auch diese Stimmen haben den Republikanern am Ende gefehlt. Parteichef Schlierer sah die Hauptursache in der „Hetzjagd der Medien gegen rechts“ in den vergangenen Monaten.

In den Wahlkreisen der bisherigen Landtagsabgeordneten konnten die Republikaner allerdings trotzdem beachtliche Ergebnisse holen. Sie liegen größtenteils über 5 Prozent. Das beste Ergebnis erreichte der REP-Abgeordnete Alfred Dagenbach im Wahlkreis Heilbronn mit 7,7 Prozent. Ein paar Stimmen mehr und die Republikaner wären hier wieder drittstärkste Partei gewesen. REP-Chef Schlierer brachte es in seinem Wahlkreis Bietig-

heim-Bissingen immerhin noch auf 7,0 Prozent. Sein Gegenkandidat von rechts außen, der baden-württembergische NPD-Landesvorsitzende Michael Wendland, landete mit 165 Stimmen bei 0,2 Prozent. Massiv eingebrochen sind die Republikaner im Wahlkreis der SPD-Spitzenkandidatin Ute Vogt. In Pforzheim rutschten sie von 13,5 Prozent auf gerade noch 4,3 ab. Im benachbarten Wahlkreis Enz blieben den REP noch 5,5 Prozent von 15,4.

Auch die NPD hat ihre vorher verkündeten Ziele deutlich verfehlt. Von einer Eins vor dem Komma hatte Wendland geträumt. Am Ende waren es landesweit 7 656 Stimmen und 0,2 Prozent. Die NPD hatte sich auf die Hochburgen der Republikaner konzentriert, um dort die Wähler aufzufangen, denen der politische Kurs der REP zu weich war. Diese Strategie ist nicht aufgegangen. Das prozentual beste Ergebnis holte Volker Dannenberg mit 0,6 Prozent (346 Stimmen) im Wahlkreis Hohenlohe. Der Landesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten Mike Layer musste sich in Stuttgart mit 0,2 und in Bruchsal mit 0,4 Prozent zufrieden geben.

In Rheinland-Pfalz konnte die NPD bei der Landtagswahl am 25. März zwar nicht die vollmundig verkündeten Ziele von einem bis fünf Prozent erreichen, dennoch sind die Rechtsextremen entlang des Rheins im Aufwärtstrend. Landesweit erreichte die NPD 9 136 Stimmen, fast 20 Prozent mehr als vor fünf Jahren. Und im Vergleich zur Bundestagswahl 1998 ist das sogar ein Stimmenplus von über 50 Prozent. Vor allem in der Pfalz fallen die rechtsextremen Parolen auf einen fruchtbaren Boden. In Kaiserslautern erreichte die NPD ein Prozent. Im Süden des Bundeslandes hat sich eine starke Skinhead-Szene entwickelt. Dieses Potenzial konnte die NPD nun abschöpfen.

Die Republikaner haben dagegen auch in Rheinland-Pfalz deutlich verloren. Die Zahl der Stimmen ging gegenüber der letzten Landtagswahl von rund 71 000 (3,5 Prozent) auf etwas mehr als 44 000 (2,4 Prozent) zurück. Für REP-Chef Schlierer geht in den nächsten Wochen gleich doppelt ums Überleben: Seine Position als Bundesvorsitzender ist nach den Niederlagen deutlich geschwächt. Und nachdem die Partei in keinem Landtag mehr sitzt, ist ihre Zukunft völlig ungewiss. Einen Tag nach dem Debakel im Südwesten hat der Bundesvorstand Schlierer den Rücken gestärkt. Im Anschluss der Sitzung kündigten die REP an, jetzt werde man die Vorbereitungen für die Bundestagswahl im nächsten Jahr in Angriff nehmen. *Benny Bender*

Hintergrund**Der Bodensatz bleibt**

Die Ergebnisse der hessischen Kommunalwahl zeigen auf, dass sich dort das Verhalten des Wahlvolks mit rassistischem und rechtsextremem Weltbild normalisiert hat.

Dass den Braunen die rote Karte gezeigt worden sei, meinte der „Wiesbadener Kurier“ nach der hessischen Kommunalwahl vom 18. März. In der Tat gab es für die Rechtsaußen-Parteien eine Reihe von Platzverweisen. Sie büßten massenweise Mandate ein, in den Großstädten Frankfurt, Offenbach und Wiesbaden ebenso wie in einigen Kreistagen, vor allem aber auch in bisherigen Hochburgen, etwa in Wölfersheim (Wetteraukreis) und Ehringshausen (Lahn-Dill-Kreis). Landesweit kamen den Rechtsextremen über die Hälfte ihrer Wählerstimmen abhanden. Die Republikaner fielen von 6,6 auf 2,5 und die NPD von 0,6 auf 0,2 Prozent der Stimmen zurück.

In dem schon lange als „braunes Dorf“ Aufsehen erregenden Wölfersheim im Wetteraukreis verlor die NPD von ihren 1997 erzielten 22,7 Prozent rund zehn Prozentpunkte. Die bundesweite Diskussion über ein Verbot habe da geholfen, meint Bürgermeister Joachim Arnold (SPD). Von gleichfalls fast 23 Prozent auf rund sieben Prozent stürzte die NPD in Ehringshausen (Lahn-Dill-Kreis) ab, nach Ansicht des parteilosen Bürgermeisters Eberhard Niebsch nicht zuletzt auch das Ergebnis einer Frontstellung der anderen Parteien im Ort, inklusive Fackelzug und Kundgebung kurz vor der Wahl. Auch die CDU war schließlich auf diese Linie eingeschwenkt, nachdem sie zunächst noch hin und wieder bei Abstimmungen in Kommunalausschüssen gemeinsame Sache mit den extremen Rechten gemacht hatte.

Der Sozialwissenschaftler Benno Hafener von der Uni Marburg sieht den zentralen Grund für die Verluste der Braunen in Hessen darin, „das die NPD kein Thema aufgreifen konnte, um Stimmung zu machen“. Die Themen Ausländer und Arbeitslosigkeit hätten im Kommunalwahlkampf keine große Rolle mehr gespielt. Und vielerorts hatten die rechtsextremen Fraktionen sich schon kurz nach ihren spektakulären Wahlerfolgen 1997 heillos zerstritten und damit zur Enttäuschung ihrer Anhänger selbst lahm gelegt.

Erleichterung auch in den großen Städten, wo 1997 noch REP-Ergebnisse um die zehn Prozent aufgeschreckt hatten. In Offenbach fielen die Republikaner von 10,8 auf 5,1 Prozent zurück, in Wiesbaden von 9,9 auf 4,8 Prozent. Von 6,2 auf 2,7 Prozent sackten die Republikaner in Frankfurt/Main ab. Die Landkreise mit den vor vier Jahren bedenklichsten REP-Erfolgen bestätigten den Trend: 5,0 statt 10,2 Prozent im Main-Kinzig-Kreis, im Kreis Waldeck-Frankenberg 3,8 statt 9,0 Prozent, im Kreis Marburg-Biedenkopf 3,7 statt 8,6 und im Rheingau-Taunus-Kreis 2,7 statt 7,6 Prozent.

Ein brauner Bodensatz bleibt. Der allerdings dürfte nach Einschätzung von Wahlanalysten Bestand haben. Er entspricht ungefähr dem Anteil des Wahlvolks mit kaum beeinflussbarem rassistischem und rechtsextremem Weltbild. Das Wahlverhalten hat sich in den hessischen Kreisen, Städten und Gemeinden insofern normalisiert, als dem Pendelausschlag der beiden letzten Kommunalwahlen nun die Rückkehr in die Ausgangslage folgte. Größere Stimmenpotenziale wanderten zur CDU zurück. Die Wählerwanderung auf der rechten Seite des Parteienspektrums fiel leicht - ein makabrer Erfolg der von Ministerpräsident Roland Koch vor der letzten Landtagswahl inszenierten Stimmungsmache gegen die doppelte Staatsbürgerschaft sowie der Strategie der Hessen-CDU, rechtsgerichtetes Wählerpotenzial mit markigen Sprüchen zu bedienen und die Grenzen zwischen konservativ und rechtsextrem bewusst unscharf zu lassen.

Adolf Salzer

Hinweis

Berlin - Die Berliner Jusos führen in diesem Jahr wieder eine Gedenkstättenfahrt für Schüler, Studenten und Auszubildende durch. Im Verlauf der sechstägigen Fahrt unter dem Motto „Gegen das Vergessen“, die in den Osterferien vom 23. bis zum 28. April stattfindet, stehen unter anderem „Auf Schindlers Spuren“, eine Stadterkundung von Krakau und zwei ganztägige Besuche der Gedenkstätten des Konzentrationslagers Auschwitz und des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau auf dem Programm. Den Teilnehmern wird auf der Reise auch Gelegenheit zur Begegnung mit polnischen Jugendlichen geboten. Der Reisepreis, inklusive Bahnfahrt, Hotelunterbringung und Halbpension, beträgt DM 250,--.

Anmeldung und weitere Informationen bei den Berliner Jusos, Tel. 030 / 4692-135, fax - / 4692-164; e-Mail: jusos@spd-berlin.de

Aktivitäten

Gewöhnlicher Rowdy

Der Staatsanwaltschaft mag keine politischen Motive sehen.

Lars Hildebrandt hat es im Raum Stade/Bremervörde zu einer gewissen Prominenz als Neonazi gebracht. Der 1977 geborene Bürgermeistersohn führte 1996 den Überfall auf ein kirchliches Jugendzentrum in Gnarrenburg an und 1999 den Angriff auf eine Unterkunft für Asylbewerber in Kutenholz-Aspe. Im Anschluss an eine Party bei ihm in Zeven zogen seine Gäste randalierend durch die Stadt und stürmten schließlich sogar die Polizeiwache. In mehreren Orten der Region hat Hildebrandt mit unterschiedlichem Erfolg versucht, neonazistische Jugendgruppen zu installieren.

Ungeachtet seiner führenden Rolle in der Szene hat die Justiz Lars Hildebrandt bisher wie einen gewöhnlichen Rowdy behandelt. Der für politische Strafsachen zuständige Staatsanwalt in Stade spricht ihm ausdrücklich jede politische Motivation ab und nennt ihn einen „Rabauken“. Dementsprechend wurde in keinem Fall der ideologische Hintergrund seiner Taten untersucht. Dass es sich bei vier der fünf angeklagten Angreifern des Asylbewerberheims um NPD-Mitglieder handelte, war eine Information, über die der Staatsanwalt entweder nicht verfügte oder die er nicht verwenden wollte (vgl. BNR 13/00). Angeklagt waren daher lediglich versuchte gefährliche Körperverletzung und Sachbeschädigung, nicht aber Landfriedensbruch. Und hätten die Asylbewerber nicht in letzter Minute fliehen können, wären sie vielleicht nicht mit „Körperverletzung“ davon gekommen. Unbedrängt konnte sich Hildebrandt im Prozess als Aussteiger darstellen, der seinen rechten Freunden inzwischen den Rücken gekehrt habe. Den Rücken, auf dem er ein Hakenkreuz tätowiert hat.

In diesem März stand Hildebrandt gleich zweimal vor Gericht. Als Opfer und als Täter. Zehn Tage nach dem Kutenholz-Prozess, bei dem er 18 Monate Haft erhielt, wurde er bei einer Fete in einem kirchlichen Jugendzentrum in Stade niedergeschlagen. Hartnäckige Gerüchte, wonach es sich dabei um eine Abreibung gehandelt habe, weil er sich in der Hoffnung auf eine mildere Strafe von seinen Gesinnungsgenossen abkehrte, wurden durch die Beweisaufnahme des Amtsgerichts nicht ent-

kräftet. Die Zeugen machten verworrene Aussagen oder logen schlicht. Der Angeklagte wurde verurteilt: Vier Monate Haft auf Bewährung, 2000 Mark Geldstrafe und 1500 Mark Schmerzensgeld.

Drei Wochen später nahm Hildebrandt auf der Anklagebank Platz. Es ging um einen in seiner Perfidie ziemlich einmaligen Vorfall. Wieder aber hatte die Staatsanwaltschaft nur das Nötigste und längst nicht alles getan, um ihn aufzuklären. Am Nachmittag des 19. Februar 2000 stieg ein 28-jähriger Türke auf dem Bahnhof von Horneburg aus dem Zug. Der Mann aus dem Raum Hannover hatte auf eine Kontaktanzeige im Internet geantwortet: „Deutsches Mädchen sucht ausländischen Freund“. Am Bahnhof holten ihn zwei Skinheads ab: der 18-jährige Michael Lütje, der im Vormonat anlässlich des Holocaust-Gedenktages in Horneburg Hakenkreuze und SS-Runen an Hauswände geschmiert und Fensterscheiben eingeschlagen hatte, und Robert Streich, 23 Jahre, der gerade untergetaucht war, um einer 15-monatigen Haft wegen Körperverletzung zu entgehen.

Der Türke wurde in eine Wohnung in Neuenkirchen gebracht, wo eine unbekannte Zahl von Neonazis gerade eine Party feierten. Was dann genau geschah, wurde vor Gericht nicht deutlich. Am Ende jedenfalls hatte der Mann ein gebrochenes Nasenbein und konnte mit knapper Not entkommen.

Lars Hildebrandt wollte dem Gericht weismachen, er habe dem Türken dringend geraten, von der Party zu verschwinden, und ihm, „um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen“, eine Ohrfeige gegeben. Er habe das Opfer „schützen wollen“, sekundierte sein Anwalt und beantragte die Einstellung des Verfahrens. Robert Streich immerhin gestand, den Türken getreten zu haben. Und Michael Lütje machte kein Hehl daraus, dass es ihm Spaß gemacht hatte, den Ausländer zu verprügeln. Bestand eine Verabredung, den Türken zu der Party zu locken, um ihn zu verletzen? Die Staatsanwaltschaft hatte dazu nichts zu sagen. So wurde bei Lütje und Streich auf gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung erkannt, bei Hildebrandt nur auf einfache Körperverletzung.

Indes erwies sich der Richter als verständig und gab ein Beispiel für kreative Rechtsprechung. Er hob hervor, dass der Türke auf der Skinhead-Party, mitten unter Feinden, Todesängste ausgestanden haben muss und begründete damit eine besondere Schwere der Tat. Lars Hildebrandt erhielt zehn, Robert Streich 15 Monate Haft.

Uwe Ruprecht

Aktivitäten**Nationaler 1. Mai**

Rechtsextremisten wollen mit Demonstrationen symbolisch Jahrestage besetzen.

Am 1. Mai will eine „Bürgerinitiative für deutsche Interessen“ (Blankenburg) in Frankfurt am Main demonstrieren. Das Motto ist „Euro stoppen - Globalisierung bekämpfen“. Ziel des Demonstrationzuges, der für 12.00 Uhr, also unmittelbar nach Demonstration und Kundgebung des DGB angemeldet ist, soll die Europäische Zentralbank sein. Als Redner werden Peter Borchert (NPD), Steffen Hupka (NPD), Manfred Roeder, Christian Worch und Thomas Wulff genannt. In einem der zahlreichen Internetaufrufe zu der Demonstration heißt es, dass Frankfurt für die Bundesrepublik das sei, „was die Wallstreet für Neuyork ist, das absolute Machtzentrum der bundesdeutschen Plutokratie“. Rechte Gruppen haben auch in anderen deutschen Städten zum 1. Mai Demonstrationen angemeldet und werden sich wohl auf den Ort einigen, an dem sie die Erlaubnis dafür erhalten.

Bereits im Jahre 2000 haben Rechtsextremisten am 1. Mai unter dem Motto „Arbeit für Deutsche“ demonstriert. Das neonazistische „Zentralorgan“ (10/2000) merkt dazu an, der 1. Mai sei seit 1933 ein staatlicher Feiertag. Die Gewerkschaften missbrauchten diesen Tag mit ihrem Internationalismus, denn nur das Kapital sei international und die Profiteure kennen nur noch „Standorte“, aber keine Heimat mehr.

Die Enteignung von Jahrestagen durch die extreme Rechte hat System. In den letzten Jahren haben Rechte, öffentlich kaum wahrgenommen, den 23. Januar (Bombardierung von Dresden), den 17. Juni (Aufstand in der DDR), den 9. November (Tag des Mauerfalls/Hitlers Münchner Putschversuch) und den Totensonntag symbolisch besetzen wollen und bei offiziellen Anlässen ihre Flaggen gezeigt und Kränze niedergelegt. Am provokativsten war eine für den 27. Januar 2001, den Tag der Befreiung von Auschwitz, in Hamburg angemeldete Demonstration. Die Hamburger Behörde hatte die Demonstration verboten. Nach einem raschen Weg durch die Instanzen urteilte das Bundesverfassungsgericht, dem 27. Januar komme „in der Gesellschaft (...) eine wichtige Symbolkraft“ zu,

und eine rechtsextreme Demonstration an diesem Tag verletze „grundlegende soziale und ethische Anschauungen“. Das Bundesverfassungsgericht erlaubte es örtlichen Gerichten, Demonstrationen zu untersagen, wenn einem Datum eine gesellschaftlich wichtige Symbolkraft zukomme, und die Anmelder auf einen anderen Tag zu verweisen. Wortlaut: „Die öffentliche Ordnung kann ((als Begründung eines Demonstrationsverbots)) betroffen sein, wenn einem bestimmten Tag ein in der Gesellschaft eindeutiger Sinngehalt mit gewichtiger Symbolkraft zukommt, der bei der Durchführung eines Aufzugs an diesem Tag in einer Weise angegriffen wird, dass dadurch zugleich grundlegende soziale und ethische Anschauungen in erhebliche Weise verletzt werden.“ (Urteil des Bundesverfassungsgerichts AZ 1 BVQ 9/01).

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts lässt offen, ob ein „Aufzug zu einem in seiner Symbolwirkung nicht eindeutigen oder in öffentlichen Auseinandersetzungen umstrittenen Zeitpunkt“ stattfinden darf. Das Bundesverfassungsgericht wird sich mit diesem Problem aus Anlass des 1. Mai jetzt wohl noch beschäftigen müssen. Wenn es der NPD beziehungsweise ihrem Umfeld gelingt, an diesem Tag in Frankfurt am Main oder Berlin eine ins Gewicht fallende Demonstration durchzuführen, könnte sie das getrost als Durchbruch verbuchen.

F.P. Heller

Hinweise

Ganderkesee - Mit der Analyse und Bewertung von Filmen über Rechtsextremismus befasst sich ein Seminar „Filme gegen rechts“, das vom 27. bis 29. April im Jugendhof Steinkimmen stattfindet. Diskutiert werden soll dabei auch die Verwendungsmöglichkeit von solchen Filmen in der politisch-kulturellen Jugendarbeit.

Info: Jugendhof Steinkimmen, Am Jugendhof 35, 27777 Ganderkesee, Tel. 04222/40818, fax -/40839

Hamburg - Im Barmbeker Verein für Kultur und Arbeit Zinnschmelze kommt am 18., 19. und 21. April jeweils um 20.00 Uhr das Theaterstück „Dreck“ von Josef Schneider zur Aufführung. Das Ein-Personen-Stück bietet einen gelungenen Einblick in das Leben des Rosenverkäufers Sad, der den Zustand Ausländer zu sein, unter fremden Einheimischen erfährt.

Zinnschmelze, Maurienstraße 19, 22305 Hamburg, Tel. 040/2992021, fax -/2992461

Aktivitäten**Im Dauereinsatz**

Der sächsische JLO-Vorsitzende möchte kein Neonazi sein, weshalb er eine Zeitung verklagte und verlor. Vorläufig.

Wenn in den letzten zwei Jahren im „blick nach rechts“ über rechte Aktivitäten in Sachsen berichtet wurde, so fand sich fast ständig der Name des Vorsitzenden der dortigen Jungen Landsmannschaft Ostpreußen, Alexander Kleber. Der in der Universitätsstadt Freiberg Wohnende ist ein richtiger Tausendsassa bezüglich seiner Zusammenarbeit mit dem rechten Rand. Bei fast allen wichtigen Demonstrationen des letzten Jahres war er anwesend, wenn nicht sogar organisatorisch und inhaltlich mitverantwortlich. So konnte die im Bund der Vertriebenen organisierte Landsmannschaft Schlesien am diesjährigen 13. Februar mit ihrem Aufmarsch in Dresden an die von der JLO im Vorjahr - anwesend damals Horst Mahler und Franz Schönhuber - vorgegebene Marschroute und den Inhalt anschließen. Kleber war in diesem Jahr im Vorfeld am Koordinierungsgespräch mit der Stadt beteiligt und hielt die Rede auf der Abschlusskundgebung.

Derlei war auch der kleinen alternativen Zeitung „FreibÄrger“ aufgefallen. Unter der Überschrift „Freiberger Neonazi sammelt Skinheads um sich“ berichtete sie im Mai vergangenen Jahres über den JLO-Chef sowie die erste IWG-Demonstration in Dresden (vgl. BNR 16/00). Die Bezeichnung „Neonazi“ und ein ebenfalls abgedrucktes, leicht verzogenes Foto wollte sich der Angesprochene nicht zumuten lassen und klagte. Von dem Beklagten war zum Beleg unter anderem auf das Plakat zur JLO-Veranstaltung über das „Schwarzbuch des Kommunismus“ (BNR 4/00) hingewiesen worden. Darauf war eine eindeutige Karikatur zu sehen, die dem Titelblatt einer antisemitischen russischen Zeitschrift aus dem Jahr 1907 entnommen war. Klebers Anwalt meinte in Kenntnis des Sachverhalts: „Obwohl es nicht darauf ankommt, handelt es sich bei dem Plakat letztlich nur um die Darstellung einer hässlichen Person.“ Es sei schon erstaunlich, so der Anwalt, dass ausgerechnet der Beklagte „in jeder hässlichen Person einen Juden vermutet.“ Das Gericht wies die Klage gegen die „Schmähekritik“ durch den „FreibÄrger“ am 26. März ab. Höchstwahrscheinlich geht es nun in die nächste Instanz.

Lukas Kilian

Ausland**Ein Fememord**

Rechtsextremistische Jugendliche haben in der Schweiz einen der ihren in die Falle gelockt und umgebracht.

Am Samstag, den 27. Januar verließ der 19-jährige Sanitär-Installateur-Lehrling Marcel von Allmen, der sich seit Monaten in der regionalen Neonazi-Szene in Unterseen bei Thun bewegte, nach zehn Uhr abends seine Freundin mit der Ankündigung, er werde bald wieder zurück sein. Zweieinhalb Wochen später fanden Polizisten seine Leiche im Thunersee in über fünfzig Meter Tiefe, der Kopf war zerschlagen, der Körper mit Gewichten beschwert.

Kurz darauf verhaftete die Berner Kantonspolizei vier junge Männer aus der Region, alle im Alter zwischen 17 und 22 Jahren. Nur einer war vorher polizeilich aufgefallen: Der als Anführer gehandelte Marcel M. (22) hatte im vergangenen Jahr bei einer Polizeikontrolle auf zivile Beamten geschossen. Er war daraufhin zu milden 18 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden. Die Verhafteten waren bald geständig. Sie waren alle Mitglieder einer bis dahin unbekannten Neonazi-Gruppe, die sich „Orden der arischen Ritter“ nannte und bestimmte Ausländerinnen und Ausländer aus der Gegend vertreiben wollte. Die Gruppe hatte Propagandamaterialien von „Blood&Honour“ sowie von der NSDAP/AO bezogen. Sie hätten, so die Täter, ihren „Kameraden“ in eine Falle gelockt, missandelt und umgebracht, weil er sich nicht an das vereinbarte Schweigegelübde gehalten habe.

Die Gemeindepolitiker bestritten zuerst, dass es in der Region überhaupt jugendliche Rechtsextremisten gäbe. Journalisten-Recherchen ergaben jedoch, dass in den vergangenen Monaten rechtsextreme Jugendliche in Thun missliebige Personen angegriffen hatten. Auch fanden Journalisten einschlägige Sprayereien. Die Äußerungen der Gemeindepolitiker überzeugten aber auch aus anderen Gründen wenig: Kurz vor der Auffindung der Leiche hatte die Berner Kantonspolizei in ihrer Jahresmedienkonferenz festgehalten, dass die Zahl der jugendlichen Rechtsextremisten im Kanton innerhalb eines Jahres sich mehr als verdreifacht habe und auch an mehreren Orten neue „Szenen“ entstanden seien. Sie hatte dabei namentlich auch die Region Thun und Umgebung erwähnt. *Hans Stutz*

Ausland**„Festung Italien“**

Die Lega Nord fordert, die Grenze zu Slowenien zu schließen und durch eine eigene Miliz bewachen zu lassen.

Das italienische Parlament war noch nicht aufgelöst, da tobte seit Monaten der Wahlkampf. Die Meinungsforscher gehen diesmal von Vorteilen des Rechtsbündnisses aus, das sich in „Haus der Freiheit“ umbenannt hat. Dass der Lega Nord in diesem Haus eine geräumige Wohnung gehört, hat einerseits seine Ursache darin, dass die früheren innerparteilichen Querelen zumindest für den Moment eingestellt worden sind, andererseits in dem Umstand, dass das secessionistisch-autonomistische Auftreten ergänzt worden ist durch eine Ideologie der extremen Rechten, die sich vielerlei Anleihen bei der europäischen „Neuen“ Rechten bedient.

Hatte sich die Lega Nord seit ihren ersten Erfolgen Ende der achtziger Jahre zunächst durch eine Aufkündigung der innerstaatlichen Solidarität hervor getan, bei der Südtaliener als „Schmarotzer“ denunziert wurden, Sizilien als Teil Afrikas dargestellt und der Geldfluss aus dem reichen, industrialisierten Norden in die Metropole Rom geißelt wurde, so ist der unbestrittene Führer Umberto Bossi mit seiner Gefolgschaft nunmehr zu einem offenen Rassismus übergegangen, der letztlich auf die Errichtung einer „Festung Italien“ zielt, die sich gegen arme Zuwanderer hermetisch abschottet.

Der Wahlkampf der Lega wurde mit der Forderung Bossis eröffnet, die Grenze zu Slowenien mit einem Zaun zu schließen und durch eine eigene Miliz bewachen zu lassen. Dort sei das Einfallstor für Migranten aus Osteuropa, die als Billiglohnkräfte in Konkurrenz zu den italienischen Arbeitern träten. Die Flüchtlingsschiffe seien eine beherrschbare Größe, der „Zustrom“ über die slowenische Grenze dagegen bisher unkontrollierbar. Wie in der Vergangenheit äußert sich der Rassismus der Lega also vornehmlich ökonomisch, verzichtet jedoch im Gegensatz zu früher auf innerstaatliche Spaltungen. Mit solchen Positionen versucht man sowohl in der Klientel der aus dem neofaschistischen MSI hervorgegangenen Alleanza Nazionale zu wildern, die wegen des angestrebten gemäßigten Images vor solchen Parolen zurückschreckt, als auch an den Wohlstandschauvinismus des Nordens zu appellieren.

Es handelt sich um die Fortführung von Aktionen, mit denen 1999 anlässlich des geplanten Einwanderungsgesetzes begonnen worden war. Spätestens seit dieser Zeit hat Bossi den neoliberalen Diskurs seiner Partei zu einem Europa orientierten, „anti-globalistischen“ umgestaltet, der sich einer vehement antiamerikanischen Diktion bedient und auf staatlicher Ebene zum Kampf gegen „die da oben“ - die USA - auffordert. Bei der Begründung des damals initiierten Referendums erklärte Bossi: „Amerika nutzt verschiedene Instrumente - darunter die Globalisierung -, um sich der Weltwirtschaft zu bemächtigen. So gibt es ein von den internationalen Großbanken inspiriertes Aufblühen von Initiativen freimaurerischen Typs. Es gibt einen Angriff auf unsere Kultur von Seiten mehr oder weniger geheimer oder esoterischer Vereinigungen.“ Gerade in Italien fallen verschwörungsmythische Muster auf fruchtbaren Boden, da nach den Erfahrungen mit der Loge P-2 davon ausgegangen wird, dass an solchen Spekulationen zumindest etwas dran sein könnte. Als treibende Kraft hinter „Verschwörungen“ werden stets die USA vermutet, die, so Bossi, „eine zerstörerische Macht, kontrolliert von 30 Bankiers“ seien, „die gegen den Willen der Bürger stehen und die Globalisierung bewundern, um den Menschen in eine Mikrobe umzuwandeln, die von allen Zugehörigkeiten losgelöst ist: vom Volk, von der Kultur, von der Religion.“

Wenn auch secessionistische Aktionen wie die Ausrufung eines Staates „Padanien“ mit separater Miliz oder die Forderung nach einem Steuerstreik wie im Jahr 1997 in letzter Zeit unterblieben sind, muss gleichwohl von einer deutlichen Radikalisierung der Lega ausgegangen werden. Dies kommt nicht zuletzt in der Parteipresse zum Ausdruck. In der Tageszeitung „La Padania“ schreiben frühere Aktivisten des MSI, häufig finden sich Interviews mit Prominenten der extremen Rechten. Folgerichtig wurde ein gemeinsames Kolloquium mit der „Neuen“ Rechten gegen den Kosovo-Krieg durchgeführt, fand Jörg Haider seit der Regierungsübernahme der FPÖ vehemente Unterstützung.

Der Kampf gegen „Tangentopoli“, womit sich die Lega profiliert hatte, gehört der Vergangenheit ein. Heute versucht sie, sich gegen Alleanza und Forza Italia als rechter Flügel des Bündnisses zu profilieren. Da wird auch nicht vor einer Zusammenarbeit mit den Neofaschisten des MSI Pino Rautis im Europaparlament zurückgeschreckt. Die Etatisten und die Autonomisten - ein seltsames Bündnis. Aber für Macht tut Bossi alles. *Jean Cremet*

Ausland

Was damals geschah

Polnische Katholiken ermordeten jüdische Landsleute

In Polen begann 1989 das Ende der kommunistischen Herrschaft für den gesamten Ostblock. Kein anderes osteuropäisches Land - Ungarn vielleicht ausgenommen - machte sich so schnell und konsequent auf den Weg nach Westen wie Polen. Die kommunistische Vergangenheit wurde aufgearbeitet. In Polen ist die NS-Besatzungszeit ziemlich genau erforscht. Dunkle Punkte freilich blieben hin und wieder verdeckt. Dazu gehörte vor allem der Antisemitismus, in dessen Ruch das Land bei vielen unverändert stand. Besonders die Rolle des katholischen Klerus war vielen Forschern suspekt.

Nun hat der amerikanische Soziologe Professor Jan Tomazs Gross das Ergebnis gründlicher Forschung vorgelegt - ein schmales Buch mit dem Titel „Sasiedzi - Nachbarn“, das in polnischen Zeitungen die Titelseiten erobert hat und in Polen stürmisch diskutiert wird. Der Grund: In der ostpolnischen Kleinstadt Jedwabne sind im Sommer 1941 mehr als 1600 Juden Opfer eines Pogroms geworden. Die Täter waren diesmal nicht die deutschen Besatzer, sondern polnische Katholiken.

Der Hintergrund ist schnell erzählt. Jedwabne hatte damals gut 2000 Einwohner. Mehr als die Hälfte waren Juden. Im September 1939 fallen die Deutschen auch in Jedwabne ein und verbrennen die Synagoge. Kurz darauf ziehen die Deutschen wieder ab, weil gemäß dem deutsch-sowjetischen Geheimvertrag Ostpolen an die UdSSR fällt. Dessen Geheimdienst nimmt im Juli 1940 in Jedwabne 250 Polen als Widerstandskämpfer fest. Sie sind von katholischen Polen verraten worden. Des Verrats beschuldigt werden jedoch Juden. Am 23. Juni 1941 - einen Tag nach dem Überfall auf die Sowjetunion - sind die Deutschen wieder da. Am Tag darauf beginnen die jüdenfeindlichen Ausschreitungen. Rund um die kleine Stadt ermorden Polen und Deutsche viele Juden. Wer überlebt, flieht nach Jedwabne, um sich dort zu verstecken. Nachbarn spüren sie auf, erschlagen und erstechen mehr als 1600 Junge und Alte, Frauen, Männer, Kinder.

Anfang 1949 stehen 21 Beschuldigte vor einem polnischen Gericht. Einer wird zum Tode verurteilt. Ob

das Urteil vollstreckt wurde, ist noch nicht geklärt. In elf Fällen kommt es zu Haftstrafen, zehn Angeklagte werden freigesprochen. 1962 errichtet der „Verband der Kämpfer für Freiheit und Demokratie“ in Jedwabne ein Denkmal für die Toten, die laut Inschrift zu Nazi-Opfern gemacht werden.

Gross, geboren in Polen, will mit seinem Buch nicht ehemalige Landsleute belasten. Einer Korrespondentin des „Kölner Stadt-Anzeiger“ sagte er: „Es geht doch nicht mehr in erster Linie darum, was damals geschah. Das kann niemand rückgängig machen. Es geht darum, wie wir heute dazu stehen. Ob wir die Tat verurteilen, der Opfer gedenken und um sie trauern.“

Nach den Enthüllungen - Gross zufolge sind einige mutmaßliche Täter noch am Leben - hat Staatspräsident Aleksander Kwasniewski angekündigt, er werde sich am 60. Jahrestag des Pogroms bei den Juden „im Namen der Polen“ entschuldigen. Kardinal Jozef Glemp will am Jahrestag mit Rabbiner Michael Schudrich beten - am Denkmal für die Ghettokämpfer in Warschau, in der Warschauer Synagoge oder an einem anderen „heiligen Ort“. Das ist Schudrich zu wenig. Er möchte an Ort und Stelle der Opfer gedenken und nicht nur Gott um Vergebung bitten. Vorrang hätten die Opfer und deren Nachkommen. Als das bekannt wurde, fiel die katholische Seite in tiefes Schweigen. Bischof Stanislaw Stefanek hat in der Kirche von Jedwabne dazu aufgerufen, Gewissenserforschung zu betreiben. Die Enthüllungen nannte er einen „verschwörerischen Angriff auf die Polen“. Dafür musste er in Warschau heftige Kritik einstecken. Auch Gross wird von namhaften polnischen Historikern kritisiert - nicht wegen der Aufdeckung des Pogroms, sondern weil er verallgemeinert und die Rolle der deutschen Besatzer kaum berücksichtigt. Tatsache bleibt, dass der Pogrom in Jedwabne unter den Augen und dem Schutz der Nazis verbrochen wurde.

Dass Polen lange in dem Ruf stand, ein Hort des Antisemitismus zu sein, geht auf zahlreiche Pogrome und die weit verbreitete jüdenfeindliche Haltung des Klerus zurück. Daran hat sich freilich seit 1989 vieles geändert. Die jüngeren Generationen sind weltoffen, politisch gebildet, säkularisiert. Sie wollen wissen, was „damals“ geschehen ist. 40 Prozent der Bevölkerung begrüßen die Absicht des Staatspräsidenten, sich am 23. Juni bei den Juden zu entschuldigen. Nur 35 Prozent sind dagegen. Im Januar hatte der Anteil der Gegner noch 70 Prozent betragen. *Heiner Lichtenstein*

Dokumentation**Demokratie stärken**

Der Deutsche Bundestag hat am 30. März eine Entschließung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt verabschiedet. Der SPD-Abgeordneten Sebastian Edathy bezeichnet es als „erschreckend“, dass dem Rechtsextremismus in den Jahren zuvor zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Rechtsextremismus sei „kein Randproblem, sondern eine zentrale Herausforderung der Demokratie“, betont Edathy. Wir dokumentieren den gemeinsamen Antrag von SPD, Grüne, FDP und PDS, der 22 Maßnahmen zur Rechtsextremismusbekämpfung enthält, nachstehend in gekürzter Form:

Rechtsextremismus hat sich in Deutschland im Jahr 2000 erschreckend ausgebreitet. Nach amtlichen Erkenntnissen wurden allein von Januar bis September 2000 rund 10 000 rechtsextremistisch motivierte Straftaten registriert - so viele wie im gesamten Jahr 1999. In der Zeit von 1990 bis 2000 kamen nach Medien-Berichten 93 Menschen durch rechtsextremistische Gewalttaten ums Leben.

In der Bundesrepublik werden in bestimmten Regionen von rechtsextremen und fremdenfeindlichen Personen oder Gruppen Plätze und Orte vereinnahmt, an denen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht geduldet werden.

Die Schändung jüdischer Friedhöfe sowie Übergriffe auf und Einschüchterung von Minderheiten und Menschen anderer Herkunft sind Besorgnis erregend und erfordern entschlossenes politisches Handeln.

(...)

Der Deutsche Bundestag steht auf der Seite der Opfer von Straf- und Gewalttaten. Im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt kommt deshalb dem Opferschutz ein besonderer Stellenwert zu.

(...)

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, als einen Beitrag in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus den Schutz potenzieller Opfer von Straf- und Gewalttaten zu verbessern. Zur Einrichtung eines Härtefall-Fonds für Opfer rechter Gewalt wurden im Bundeshaushalt

2001 zehn Millionen Mark zur Verfügung gestellt, für Maßnahmen der Opferbetreuung fünf Millionen Mark. Dazu sollen neben anderen Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen weitere Anlaufstellen modellhaft entwickelt und erprobt werden, die konkrete rechtliche und soziale Unterstützung bieten (...)

An die Länder (wird) appelliert, im Umgang mit ... ausländischen Opfern rechtsextremistischer Gewalt hinsichtlich der Lebensbedingungen der Betroffenen, wozu auch ihr Aufenthaltsstatus gehört, Sensibilität zu zeigen. (...)

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

■ die sozialen, politischen und gesellschaftlichen Bedingungen, die Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt begünstigen, zu verändern (...)

■ in Zusammenhang mit den Ländern und Trägern der Jugendsozialarbeit zum Beispiel durch Modellprojekte dafür zu sorgen, dass insbesondere in Gebieten, in denen Rechtsextremisten so genannte „national befreite“ oder „ausländerfreie“ Zonen schaffen wollen und bei denen die Gefahr besteht, dass diese Bestrebungen erfolgreich sind, in der Jugendarbeit geschützte Räume geschaffen werden können, in denen sich demokratisch orientierte Jugendliche aufhalten können, ohne der Gefahr einer Bedrohung von Rechtsextremen ausgesetzt zu sein. Ziel muss sein, in diesen Gebieten die volle Bewegungsfreiheit auch für Minderheiten oder Gegner der Rechtsextremen wiederherzustellen. (...) Insbesondere ist im Rahmen der Gesetze darauf hinzuwirken, dass Rechtsextremen und Neonazis in öffentlich finanzierten Einrichtungen keine Räume und Infrastruktur für ihre Tätigkeit zur Verfügung gestellt werden, und zu prüfen, wie Jugendeinrichtungen gezielt betreut werden können, die von rechtsextremen Gruppen dominiert werden. (...)

■ bei der Entwicklung wirksamer Strategien gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus bei Kindern und Jugendlichen auch die Sozialisationsinstanzen Familie und Schule stärker als bisher zu berücksichtigen. Große Verantwortung trägt neben den Eltern die Schule, die ihre Erziehungsfunktion weit über die Vermittlung von bloßem Sachwissen stellen muss. Die Bundesregierung wird gebeten, Möglichkeiten zu prüfen, durch eine Erweiterung der Zahl von Auslandsstipendien für Jugendliche und junge Erwachsene die Chancen für Auslandskontakte und -erfahrungen zu vergrößern ...

Bildung, Weiterbildung und Aufklärung über Rechtsextremismus (sollen) intensiviert werden. Hierzu ist die demokratische und staatsbürgerliche politische Bildung in Schulen, Hochschulen und sonstigen Bildungseinrichtungen des Bundes und der Länder zu fördern und auszubauen. Die Fortbildung und Sensibilisierung von Lehrern, Polizei und Verwaltung im Umgang mit Rechtsextremismus sind ebenfalls auszubauen. Vor allem die Bundeszentrale für politische Bildung soll ... ihre Materialien und Angebote zielgruppenspezifischer für die junge Generation gestalten. (...)

■ Bildungsoffensive gegen Rechts ■

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, gemeinsam mit dem Parlament alle Bemühungen auf europäischer Ebene zu unterstützen und voranzutreiben, um Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt zu bekämpfen. Er unterstützt das vom Europäischen Parlament vorgeschlagene Aktionsprogramm zur wirksamen Ahndung entsprechender Handlungen oder Straftaten. Der Deutsche Bundestag wird sich für eine weitere Rechtsangleichung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union einsetzen, die mit den gesetzlichen Mitteln des demokratischen Rechtsstaates deutlich macht, dass die Gesellschaft Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassenhass und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht hinnimmt (und) unterstützt die weiteren Initiativen auf europäischer Ebene, wie zum Beispiel die Europäische Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ...

Der Bundestag tritt dafür ein, die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt auch in der Medienpolitik voranzutreiben. (...)

Der Zeitschriften- und Buchhandel sowie die Verlage werden ersucht, rechtsextremistische Zeitungen, Zeitschriften und Literatur weder herzustellen, zu verlegen noch zu verbreiten. (...)

Unterstützt (werden) die Bemühungen ... der Justiz rassistische Straftaten im Zusammenhang mit dem Medium Internet zu verfolgen und zu verhindern. (...)

Zu Bekämpfung des Rechtsextremismus bedarf es auch der dauerhaften Erinnerung an die Verbrechen des NS-Gewaltregimes, an den Widerstand, der ihm geleistet wurde, an die Opfer und vor allem an die Ursachen, die zu dieser Gewaltherrschaft ge-

führt haben. Der Deutsche Bundestag würdigt die Arbeit und Informationstätigkeit der Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. (...)

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, den organisierten Rechtsextremismus und die so genannte „Neue Rechte“ mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaats zu bekämpfen. Erforderlich dafür ist,

- dass keine Zuschüsse von Bundesbehörden und -institutionen an Organisationen, Stiftungen und Verlage gewährt werden, die rechtsextremes Gedankengut fördern oder verbreiten beziehungsweise organisierten Rechtsextremismus in den eigenen Reihen dulden;

- dass Wissenschaftler, die im In- oder Ausland rechtsextreme Vorstellungen publiziert haben, nicht an akademischen Austauschprogrammen des Bundes teilnehmen dürfen.

... das weitere Vordringen rechtsextremistischer Ideologien (ist) durch gezielte Aufklärungsarbeit über rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Agitation auch in kultischen, heidnischen und esoterischen Bereichen zu verhindern.

Ebenso muss die Finanzierung von rechtsextremistischen Organisationen, Institutionen, Vereinen und Verbänden überprüft werden. Hierunter fallen die Prüfung des Finanzgebarens und die Überprüfung der Gemeinnützigkeit bei den örtlichen Finanzbehörden. (...)

Der Deutsche Bundestag tritt dafür ein, dass die Bekämpfung von Gewaltstraftaten ein Schwerpunkt der Strafverfolgung wird. (...) Bei Gewaltstraftaten sollte eine möglichst zeitnahe Reaktion auf die Straftaten erfolgen. (...) Ferner sollte die Ahndung von Straftaten Jugendlicher und Heranwachsender mit rechtsextremistischem Hintergrund zum Anlass genommen werden, die Beschuldigten zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit anzuhalten.

Alle Bürgerinnen und Bürger sind aufgefordert, Vorurteilen und rechtsextremer Propaganda zu widersprechen, Zivilcourage zu zeigen und sich in Vereinen und Initiativen zu engagieren, die Integrationsarbeit oder Aufklärungsarbeit über Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus oder Gewalt leisten. (...)

Der Deutsche Bundestag fordert die demokratischen Parteien in Deutschland auf, Wahlkämpfe nicht auf dem Rücken von Minderheiten beziehungsweise Menschen anderer Herkunft zu führen. (Bundestags-Drucksache 14/5456)

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 16. Jg., Nr. 11-13/2001: Hans Helmuth Knütter entlarvt die wahren Feinde der Verfassung: nämlich die „Etablierten“, die die Verfassungswirklichkeit in Richtung einer „totalitären Parteienfunktionsoligarchie“ driften lassen würden, dies noch mit Unterstützung des Verfassungsschutzes. Knütter appelliert an die Rechte, aus der Defensive herauszukommen und zu erkennen, wo „Widerstand überlebensnotwendig“ sei (12/01). Der Vorsitzende der Republikaner, Rolf Schlierer, der - vor der Wahlniederlage in Baden-Württemberg - sich über zwei Seiten in einem Interview ausbreiten darf, gibt sich zuversichtlich, dass die Union ihre Abgrenzungshaltung gegenüber den REP ändern wird. Andreas Mölzer, Chefredakteur des österreichischen JF-Pendants „Zur Zeit“ und Kulturberater Jörg Haider, erklärt, dass er sich Gespräche über eine Zusammenarbeit der FPÖ mit „diffamierten politischen Kräften“, wie dem extrem rechten belgischen Vlaams Block und der rassistischen italienischen Lega Nord vorstellen kann (12/01). Berichtet wird über Pläne der FPÖ und des Ex-Chefs Jörg Haider für eine „europäische Sammelbewegung“ (13/01). Alain de Benoist, Chefdenker der französischen „Neuen Rechten“, befasst sich mit dem Gleichheitsgrundsatz der Nationalstaatsideologie, wodurch „gemeinsame natürliche oder kulturelle Eigenschaften“ von Minderheiten unterdrückt würden (11/01). Mehr als 50 Prozent aller Gefängnisinsassen in Frankreich seien Ausländer oder Franzosen ausländischer Abstammung, wachsende Kriminalität zu einem erheblichen Teil die Folge von Einwanderung, behauptet Benoist. Die dadurch bedingte Verunsicherung der Gesellschaft liefere den Vorwand für den „totalen Überwachungsstaat“ (13/01). Als geschmacklos bezeichnet es Dieter Stein, wie CDU, FDP und Teile der SPD, den „trotzigen Satz 'Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein!' für das eigene politische Lager“ reklamierten. Zum Stolz „darauf, ein Deutscher zu sein“, gehöre schließlich die „Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zustand des Vaterlandes“, sekundiert Richard Stoltz. Als „ein Lehrstück aufklärender Gesellschaftskritik“ wird Norman Finkelsteins Buch „Die Holocaust-Industrie“ gelobt. Gerade die deutsche Linke habe „einen Mantelvertrag mit der 'Holocaust-Industrie'“ geschlossen und daher das Buch als „besonders gefährlich“ verworfen, heißt es (13/01). (gn)

Aktivitäten**Rechte Gesellschaft****Bonner Professor bezeichnet sich selbst als Verfassungsfeind.**

Vor dem „Cannstatter Kreis“, einer Vereinigung von Rechtsextremisten unterschiedlicher Couleur aus dem südwestdeutschen Raum, trat am 23. März im Rahmen einer Vortragsveranstaltung in Stuttgart der Bonner Emeritus Hans-Helmuth Knütter (Thema: „Immunisierung gegen linke Volksverhetzer - Angriff statt Verteidigung“) auf. Anwesend waren rund 70 Personen, darunter auch der rechtsextreme Multifunktionär Hans-Ulrich Kopp und die REP-Landtagskandidatin Ingrid Albrecht.

Unter dem Beifall der Anwesenden führte CDU-Mitglied Knütter dabei in Bezug auf den Verfassungsschutz aus: „Das ist ein Schutz des Establishments, nicht der Verfassung.“ Unverhohlen bekannte Knütter: „Ich bin ein Verfassungsfeind, denn ich bin ein Feind dieser verderbten Verfassungswirklichkeit. ... Schröders 'Aufstand der Anständigen' ist eine mentale Bürgerkriegserklärung!“

Mit Propagandamaterial wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter anderem von den Republikanern, der Deutschen Aufbau-Organisation (DAO), der Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG) und dem Verein Deutsche Sprache e.V. versorgt. Ausgelegt war auch ein zweiseitiger Text von Harald Kanthack (REP) mit dem Titel „Hinweis für den Verfassungsschutz“. Das Pamphlet enthält eine Aufforderung Kanthacks an Mitarbeiter des Verfassungsschutzes und fordert diese zur Beobachtung von Bundeskanzler Schröder „im Hinblick auf mögliche verfassungswidrige Umtriebe“ auf. Geworben wurde für die Veranstaltung unter anderem in „Nation&Europa“ sowie in der „Jungen Freiheit“.

Anton Maegerle

In eigener Sache

Wie wir festgestellt haben, wurden von der Ausgabe „blick nach rechts“ 5/2001 in Einzelfällen fehlerhafte Druckexemplare versandt. Wir entschuldigen uns bei denjenigen Abonentinnen und Abonenten, die versehentlich ein solches Exemplar erhalten haben. Selbstverständlich sind wir gerne bereit, den Betroffenen auf Anforderung die Ausgabe 5/2001 noch einmal zuzusenden.

Bücherschau**Braune Feindbilder**

„Zecken“, „Asylbetrüger“, „Demokratur“, „multikriminelle Gesellschaft“ - deutsche Neonazis haben einen Jargon geschaffen, der deutlicher kaum sein könnte. Ihr Vokabular dient der beständigen Vergewisserung der eigenen Klientel, auf der richtigen Seite zu stehen, und der Abgrenzung von politischen Gegnern, genauer: der Bezeichnung der Feinde. Mit Feindbildern in neonazistischen Flugblättern und Zeitschriften befasst sich die sprachwissenschaftliche Dissertation von Bernhard Pörksen, die jetzt als Buch vorliegt. Drei besonders markanten Figuren ist der Journalist und Kommunikationswissenschaftler im Detail nachgegangen: Schlagwörtern, Wortneuschöpfungen (Neologismen) und Metaphern. Als Analysekorpus dienen ihm gut 100 Flugblätter des „Freundeskreises Freiheit für Deutschland“, den das nordrhein-westfälische Innenministerium 1993 verboten hat. Eng verbunden war der in Bochum ansässige rechtsextremistische Zirkel mit dem noch bestehenden „Freundeskreis Unabhängige Nachrichten“. Anhand zahlreicher Periodika anderer Gruppen hat der Autor überprüft, ob die sprachlichen Muster in den Blättern des „Freundeskreises Freiheit für Deutschland“ tatsächlich für die braune Szene typisch sind.

„Stets ist das Ziel“, so stellt Pörksen fest, „den Fremden, den Anderslebenden oder -denkenden zu dem zu machen, was er für neonazistische Gruppen ist: zuerst ein Feind, zuletzt oder gar nicht: ein anderer Mensch“. Dazu tragen die untersuchten Mittel in je eigener Weise bei. So dienen Begriffe, die durch stetige Wiederholung zu Schlagwörtern gemacht werden (z.B. fremdrassig, Überfremdung, Umerziehung) der Feindmarkierung und bringen Ideologie auf griffige Kurzformeln. Neologismen setzen üblichen Formulierungen neue entgegen, die die Sichtweise der Neonazis begrifflich transportieren (Multikultopia, Vergangenheitsvergewaltigung). Metaphern sind ein besonders häufiges Mittel zur Kennzeichnung des Feindes: Insbesondere Tiermetaphern (Demokröte, Ratte, Zecke) dehumanisieren den Gegner. Pörksen verweist darüber hinaus auf die Metaphorik aus den Bereichen katastrophaler Naturereignisse (Ausländerüberflutung), des Hauses („Das deutsche Haus brennt an allen Ecken und Enden“), der Theaterwelt (Marionetten), des Religiösen (politische Hexenprozesse) und des Militärs (Invasionstruppen).

Besondere Aufmerksamkeit schenkt er zusammenhängenden Bildfeldern (Implikationsketten), die eine innere Pseudologik aufweisen: Wenn der Volkskörper erkrankt und sich die Metastasen ausweiten, liegt die Forderung nach sofortiger, auch schmerzhafter Therapie nahe. Generell fällt Pörksen auf, dass der Sprachgebrauch von Neonazis ihre gesellschaftliche Randstellung widerspiegelt: Begriffe setzen sie nicht offensiv, sondern schaffen Gegenbegriffe zu den gängigen und versuchen, verbreitete Interpretationen umzudeuten. Pörksen spricht von „reaktiver Sprachproduktivität“.

Der Autor möchte nicht nachweisen, dass Feindbilder falsch oder unzulässig sind, sondern deren sprachliche Gestaltung analysieren. Er geht vom konstruktivistischen Ansatz aus, der die Existenz objektiver Wahrheiten bestreitet und jede Erkenntnis als Konstruktion des Beobachters interpretiert. Der Ansatz bedingt die Sachlichkeit der Arbeit - nicht weniger, aber auch nicht viel mehr. Ihr Ertrag ist vor allem sprachwissenschaftlicher Natur; für die Rechtsextremismusforschung ist er dadurch eingeschränkt, dass recht umfangreichen erkenntnistheoretischen und linguistischen Ausführungen zwar durchaus interessante empirische Befunde gegenüberstehen, deren Neuigkeitswert aber nicht sonderlich hoch ist. Erstens werden denjenigen, die sich näher mit der rechtsextremen Szene befassen, die Feind-Beschreibungen, die Pörksen dem Analysekorpus entnimmt, wohl bekannt sein. Zweitens sind die Diskurstaktiken, die hinter dem Neonazi-Jargon stehen, allzu offensichtlich und durchschaubar. Es zeigt sich, dass der Untersuchungsgegenstand mit der Beschränkung auf die gewaltbereite Neonazi-Szene sehr eng gewählt ist. Mehrversprechend wäre möglicherweise der Vergleich mit Feindbildkonstruktionen der Neuen Rechten oder rechtsextremer Parteien gewesen. Auch die Aktualität des analysierten Materials ist problematisch: Der Untersuchungszeitraum liegt zwischen 1989 und 1993. Seither hat sich der deutsche Neonazismus verändert. Insbesondere ist die Rechtslage eine andere, seit das Verbrechenbekämpfungsgesetz 1994 die Holocaust-Leugnung eindeutig unter Strafe gestellt hat. So tauchen einige Wendungen aus dem Analysekorpus in der gegenwärtigen Szene vermutlich nicht mehr in gleicher Weise auf. Der Sprachwissenschaft dagegen dürfte die Arbeit wertvolle Hinweise liefern und zur Theoriebildung beitragen.

Thomas Pfeiffer

Bernhard Pörksen: Die Konstruktion von Feindbildern. Zum Sprachgebrauch in neonazistischen Medien, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2000, 234 Seiten, 54 DM

Meldungen

Inland

■ **Aalen** - Die neonazistische Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG) unter Führung von Lars Käßler (vormals JN-Funktionär) veranstaltet am 21.(!) April im schwäbischen Aalen-Unterkochen einen Redner- und Liederabend. „Mit Stolz und Freude präsentiert“ die BDVG den Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub („Werte für ein neues Europa“). Dabei ist auch der rechtsextreme Liedermacher Frank Rennicke. Am Rande der Veranstaltung sollen umfangreiche Neonazi-Devotionalien käuflich erhältlich sein.

■ **Berlin** - Horst Mahlers geplanter Vortrag über die „Endlösung der Judenfrage. Gotteserkenntnis statt Judenhass“ für den zwischenzeitlich abgesagten Revisionistenkongress Anfang April in Beirut ist auf der Homepage des „Deutschen Kolleg“ abrufbar. Mahlers Auffassung zufolge haben nach „zweitausend Jahren der Zerstreuung unter die Völker (...) die Stämme Israels die Weltherrschaft“ über die USA, die „gewaltigste Macht“, die „die Welt je gesehen hat“, erlangt. Die „Ostküste“ regiert nun die Welt. Doch Mahler sieht einen Hoffnungsschimmer am Horizont: „Aus dem allgemeinen Verfall erhebt sich jetzt der selbstbewusste Geist als Macht des Selbstbewusstseins der Völker - zuerst des Deutschen Volkes, dem die Holocaust-Religion das naturwüchsige Selbstbewusstsein geraubt hat.“ Dieser „Kulturkampf“ der „Volksgemeinschaft der Germanen“ werde die „Freiheit des Einzelnen“ erkämpfen, hofft Mahler.

■ **Dresden** - Auf der MDR-Homepage wird seit November vergangenen Jahres Werbung für revisionistische Autoren und rechtsextreme Verlage betrieben. Die Literaturliste des im letzten Jahr ausgestrahlten TV-Beitrages „Soldaten hinter Stacheldraht: Im Westen. Deutsche Kriegsgefangene des Zweiten Weltkriegs“ enthält unter anderem Werke des holocaustleugnenden Grabert-Verlages (Ludwig Peters: „Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen“) und revisionistischer Autoren wie James Bacque („Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern“ oder Paul Carell („Die Gefangenen. Deutsche Soldaten hinter Stacheldraht“)).

■ **Essen** - „David Irving's newsletter Action Report On-line“ ist zu entnehmen, dass dieser neuer-

dings unter seinem Namen ein Konto (1720929; Verwendungszweck: Gerichtskosten) bei der Deutschen Bank in Essen unterhält. Irving, derzeit weltweit bekanntester Holocaust-Leugner, hatte im April 2000 eine von ihm selbst angestregte Verleumdungsklage gegen die US-amerikanische Geschichtswissenschaftlerin Deborah Lipstadt und den Penguin Verlag verloren. Irving muss für die Anwaltskosten seiner Gegner in Höhe von sieben Millionen Mark aufkommen.

■ **Frankfurt** - Bei den Neonazis an der Schnittstelle zwischen Freien Nationalisten und NPD/JN sorgt die Frage für Verunsicherung, wo man am 1. Mai demonstrieren sollte. Während die NPD bei ihrem Aktionstag „Arbeit zuerst für Deutsche“ als Redner in Berlin, Dresden, Mannheim, Essen und Augsburg mit Udo Voigt, Horst Mahler, Andreas Storr, Holger Apfel, Frank Schwerdt, Hans Günter Eisenecker und Sascha Roßmüller alles aufbietet, was in der Partei Rang und Namen hat, entsteht ihr durch den Worch-Flügel des bundesdeutschen Neonazismus Konkurrenz. Der - vertreten durch Steffen Hupka und Thomas Wulff - ruft zur „Großdemonstration aller revolutionären Kräfte der Nationalen Opposition“ in Frankfurt/Main auf. Die Neonazis beklagen, dass „die NPD-Parteiführung nicht bereit war, nur eine zentrale Demonstration gemeinsam mit allen Strömungen durchzuführen“. „Würde es nicht viel sinnvoller sein, wenn wir eine große Demo hätten, anstatt die Kräfte auf dem ganzen Reichsgebiet zu verteilen?“, fragt auch ein Mr. X im Internetforum der JN Duisburg, die sich an dieser Schnittstelle zwischen NPD und Worch-Flügel befindet. Ein anderer bedauert dort schon jetzt, dass die Frankfurter Kundgebung wohl nicht „vor der jiddischen (oh, ich meinte Europäischen) Zentralbank stattfinden“ dürfe.

■ **Hagen/Lüdenscheid** - Westfalen bleibt ein bevorzugtes Aufmarschgebiet von Neonazis aus dem Spektrum der „Freien Nationalisten“. Nachdem sie seit Oktober letzten Jahres dreimal in Dortmund, zweimal in Lüdenscheid und einmal in Hagen auf die Straße gingen, verbreitet die Szene derzeit zwei weitere Aufrufe. Christian Worch ruft zu einem „Nationalen Ostermarsch“ unter dem Motto „Für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit“ am Ostermontag in Hagen auf. Und knapp zwei Wochen später, am 28. April, soll das Neonazi-Gefolge in Lüdenscheid „Für eine Zukunft der Deutschen Jugend - gegen Drogen, Kinderschänder und Vergewaltiger“ aufmarschieren. Dabei betont der NPD-Kreisverband Märkischer Kreis, dass diesmal - anders

als bei den ersten beiden Demos in Lüdenscheid - nicht er es ist, der zu dem Aufmarsch aufruft. Allerdings unterstützte man den Aufruf „einer Privatperson aus den Reihen des Nationalen Widerstands“.

■ **Karlsruhe** - Der vorbestrafte Neonazi Manfred Huck, Gründer der aufgelösten „Aktionsfront Nationaler Kameraden“ (ANK), wurde vom Karlsruher Landgericht wegen gefährlicher Körperverletzung, Bedrohung und Sachbeschädigung zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt. Huck hatte im Mai vergangenen Jahres Mitglieder der „Roten Antifa“-Theaterjugendgruppe attackiert, Bühnenmaterial zertrümmert und mit Messern einen 40-Jährigen im Brustbereich schwer verletzt. Beste Kontakte hat das HNG-Mitglied Huck zum „Nationalen Widerstand Karlsruhe“.

■ **Kiel** - Am 18. März wurde in Kiel der Landesverband Schleswig-Holstein der Deutschen Partei gegründet. Landesvorsitzender ist der 27-jährige Student Thorsten Thomsen, zuletzt Pressesprecher der Neonazi-Truppe „Bündnis Rechts“, Stellvertreter der 66-jährige Arzt Hans-Georg Weiß. Sowohl Thomsen als auch Weiß waren vorher Landesvize des Bundes Freier Bürger. Ein Grußwort auf der Veranstaltung überbrachte Uwe Lipowski, Pressesprecher des rechtspopulistischen „Aktionsbündnisses für Brandenburg“, Leserbriefschreiber in der „Jungen Freiheit“.

■ **München** - Der extrem rechte Witikobund (München) vermeldet in seiner aktuellen Ausgabe die „Inkorporierung“ der NPD-nahen Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO), vormals Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen. Damit habe der Witikobund „elitären Zuwachs bekommen und die Nachfolge - zumindest in Deutschland - bestens gelöst. Die jungen Männer machen einen ausgezeichneten Eindruck und beweisen, dass uns die Multi-Unkultur noch nicht plattgedrückt hat.“ Die Landsmannschaft Ostpreußen hatte sich am 29. Januar 2000 in Bad Pyrmont von der 1990 gegründeten Jugend- und Nachwuchsorganisation JLO getrennt. Frischgebackene Witikobund-Mitglieder sind unter anderem: Christian Schaar, Frauke Seidler und Christian Unkel. Zur Redaktion des „Witikobriefes“ zählen: Holger Breit, Thomas Fischer, Hans-Ulrich Kopp, Karl Spörl und Britta Übelacker.

■ **Olsberg** - Daniela Wegener, neben Andreas Becker eine der beiden führenden Personen der

Neonaziszene im Sauerland, hat offenbar trotz frischer Mutterfreuden - sie brachte Ende Januar eine Tochter zur Welt - ein weiteres Betätigungsfeld gefunden. Unter einer Postfachadresse in ihrer Heimatstadt Olsberg, die Wegener zugerechnet wird, firmiert eine „Nationale Initiative 'Kein Exempel an Christoph Schulte'“, die eigenen Angaben zufolge von der „Nationalen Opposition in Westfalen und Rheinland“ unterstützt wird. Angeboten werden „Soli-Aufkleber mit einem Bild von Kamerad Christoph“. Christoph Schulte sitzt unter dem Verdacht des Mordversuchs in München in Untersuchungshaft. Ein Drittel der Einnahmen der „Nationalen Initiative“ soll für den „Rechtskampf um die Freiheit von Christoph“ verwendet werden.

■ **Sangerhausen** - In den HNG-Nachrichten sowie diversen anderen Neonazi-Blättern findet sich seit Wochen ein „Spendenaufruf“ für ein „nationales Projekt“ im thüringischen Sangerhausen. Demnach sind dort ansässige Neonazis im Besitz eines 5.000 Quadratmeter großen Grundstücks, auf dem sich auch ein renovierungsbedürftiges 8-Familienhaus befindet. Dieses Haus soll künftig von „sozial schwachen nationalen Familien“ genutzt werden. Benötigt werden Spendengelder und die tatkräftige Mithilfe von Handwerkern aus dem eigenen Lager. Drahtzieher des Projekts ist der umtriebige Neonazi Enrico Marx (HNG-Mitglied). Unter dessen Postfachadresse in Sangerhausen firmierten vormals die Neonazi-Zines „Bragi“ und „Ostara“. Das braune Knastblatt „Reaktion 88“ ist weiterhin unter dieser Postfachadresse erreichbar.

■ **Stralsund** - Zum Missbrauch behördlicher Hotlines ruft die Neonazi-Homepage Stoertebeker auf. Sämtliche Telefonnummern in Mecklenburg-Vorpommern, unter denen Bürgerinnen und Bürger die Polizei über rechtsextremistische oder ausländerfeindliche Vorkommnisse informieren können, wurden von Stoertebeker veröffentlicht mit dem Hinweis: „Es sei darauf hingewiesen, dass besondere Anrufe an diese Behörden sicherheitshalber von Telefonzellen aus geführt werden sollten“.

■ **Stuttgart/Kitzingen** - Bei acht Verdächtigen des neonazistischen „Deutschen Freundeskreis Schwaben“ (DFS) führten Polizeibeamte in Süddeutschland am 22. März eine Razzia durch. In Stuttgart, Winnenden und Welzheim (Rems-Murr-Kreis), in den Landkreisen Freudenstadt und Kitzingen wurden sieben Wohnungen durchsucht. Der DFS hatte sich erst am 20. Januar dieses Jahres als Verein konstituiert (vgl. BNR 3/01). Vorsitzender ist der

ehemalige NPD-Funktionär Julius Jäger aus Winnenden. Weitere Vorstandsmitglieder sind Elke Jäger (Winnenden), Markus und Julia Thanheiser sowie Lars Poweleit aus Welzheim und der Multiaktivist Dennis Entenmann (22) aus dem fränkischen Iphofen (Kreis Kitzingen). In der Schwarzwald-Gemeinde Glatten (Kreis Freudenstadt) ist mit Frank Gebart der Domain-Inhaber des „Deutschen Freundeskreis Schwaben“ ansässig.

■ **Zweibrücken** - Der Prozess gegen die beiden früheren Führungsmitglieder der Aktion Sauberes Deutschland Christoph Bauer und Markus Walter ist geplatzt. Kurz vor Abschluss der Beweisaufnahme vor dem Landgericht Zweibrücken erlitt ein Schöffe eine Herzattacke. Das Verfahren muss nun neu aufgerollt werden. Bei dem Prozess ging es um die Schändung des Jüdischen Friedhofs in Busenberg 1996, sowie mehrere Nazi-Schmierereien und Sachbeschädigungen. Von Anfang an hatte es bei der Verhandlung Probleme gegeben. Anfang Dezember war der Kronzeuge Wolfgang Lutz untergetaucht. Mit einem Fax an Walters Anwalt Ludwig Bock meldete sich der per Haftbefehl gesuchte Lutz aus dem US-Bundesstaat Iowa. In dem Schreiben kündigte er an, er werde nicht mehr nach Deutschland zurückkehren. Kurz darauf folgte ein weiteres Fax, in dem Lutz seine belastenden Aussagen gegen die Angeklagten widerrief.

Ausland

■ **Italien (Padua)** - Im März wurde in Padua von Diego Volpe Pasini eine rechtsextreme Splitterpartei namens Partito Liberal Popolare gegründet. Sie ist damit die sechste italienische Partei, die sich auf Jörg Haider als inhaltlich-politisches Vorbild beruft. Zuvor waren die regionalen Kleinparteien Veneto Republica Federale Padana, Alpi Adria, Fisco Etico, Con Haider per la Liberta und Fronte Giuliano-Trieste in Erscheinung getreten. Alleamt vertreten separatistische und fremdenfeindliche Ziele. Die jüngste Partei hat gar ihre Homepage nach ihrem Vorbild benannt: www.haider.it.

■ **Schweiz (Neuenburg)** - Mehr als zwei Jahre nach der Beschlagnahmung mehrerer Tausender Tonträger mit rassistischen und antisemitischen Inhalten musste der Neuenburger Naziskin Oliver Kunz (27) zusammen mit seiner polnischen Ehefrau Karolina vor dem Polizeigericht erscheinen. Der Staatsanwalt warf dem Ehepaar vor, den Versand „Mjölñir Diffusion“ betrieben und Tonträger und einschlägige Literatur vertrieben zu haben.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 07-2001 / Abo 5292719000
Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

Kunz, seit rund zehn Jahren ein militanter Aktivist, der unter anderem den Hammerskins, später Blood&Honour angehört hatte, war Mit-Organisator von mehreren Skin-Konzerten, die 1997 und 1998 in der französischsprachigen Schweiz stattfanden. Das Gericht verurteilte Kunz zu einem Jahr Gefängnis, seine Ehefrau zu sechs Monaten, jeweils auf Bewährung. Die Bewährungsstrafe überrascht, betreiben doch die beiden den Versand weiter, wenn sie auch eine Kontaktadresse in der Nähe von Paris angeben. Kunz muss nun immerhin eine frühere Bewährungsstrafe (20 Tage) absitzen. Verteidiger war der Genfer Anwalt Pascal Junod, seit vielen Jahren ein bekannter Vertreter der Neuen Rechten.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,
Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.